

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Katalognummer: C 207/12 Erzgebirge. Katholisch die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1990

Nr. 181 Donnerstag, den 4. August 1932 27. Jahrgang

Unflare innenpolitische Aussichten Koalition Zentrum — Nationalsozialisten?

Berlin, 3. August. Verschiedene Blätter erörtern die Möglichkeit einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Die „Germania“ hebt in einer Polemik gegen Äußerungen der Scheer-Presse die Notwendigkeit hervor, den neuen Reichstag arbeitsfähig zu machen und warnt vor einer Konflikt-politik und verfassungswidrigen und nachpolitischen Experimenten. Es sei notwendig, so sagt das Blatt weiter, daß irgend eine Regierung dem neuen Reichstag in dem ersten Willen begonne, mit ihm und in ihm eine sachliche Basis für die Erfüllung der Staatsoberhauptaufgaben zu finden, die niemals Sache der Regierung allein seien. Alle Parteien, gleichgültig, ob sie opponieren oder die Regierung positiv unterstützen wollen, hätten die Pflicht, an der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten. Der wirtschaftliche Tiefpunkt des kommenden Winters könne am allerwenigsten mit politischen Experimenten des Kritikalismus überwunden werden. Behalte man ruhige Nerven, dann gäbe es immer noch Auswege in der Politik, ohne daß man zu solchen Experimenten greifen müsse.

Unter der Überschrift „Das schwarz-braune Gespenst“ beschäftigt sich die „Völkische Zeitung“ gleichfalls mit den Warnungen der deutschnationalen Presse vor einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Das Blatt meint, bis jetzt habe es nicht den Anschein, als ob Nationalsozialisten und Zentrum sich von heute auf morgen binden würden. Selbst wenn solche Verhandlungen kein negatives Ergebnis hätten, so gäbe es zwischen der „Patentlösung“ des Kabinetts Papen-Schleier und einer „schwarz-braunen Koalition“ noch eine ganze Anzahl von Zwischenstufen vorübergehender oder dauernder Art. Zum Schluß warnt das Blatt davor, den Nationalsozialisten zwar einen beherrschenden Einfluß einzuräumen, sie aber noch außen hin der Verantwortung zu entziehen.

Mit den absehbenden Äußerungen nationalsozialistischer Kreise über die Möglichkeit einer Koalition der NSDAP mit dem Zentrum steht sich das „Berliner Tageblatt“ aneinander, indem es die Frage aufwirft, inwiefern diese „Unfreundlichkeit“ einer Überzeugung entspreche oder von taktischen Erwägungen diktiert sei. Wenn der Reichstagsler sich die Unterstützung der Nationalsozialisten und des Zentrums sichern wolle, so werde er jedenfalls noch viele Hindernisse auf seinem Wege vorfinden, vielleicht bei den Nationalsozialisten mehr als beim Zentrum.

Auch die „DZ“ beschäftigt sich mit den erwähnten Koalitions-möglichkeiten und weist darauf hin, daß die Lage Deutschlands eine Wiederholung dieses „Spieles der deutschen Demokratie“ nicht zulasse. Neben dem Parlament gäbe es heute wieder mächtige Faktoren des Staatslebens, die in der Lage sind und gewillt seien, den Lebensrechten des deutschen Volkes auch dann Geltung zu verschaffen, wenn eine Minderheit (oder auch eine Mehrheit) der Parteiführer unbegründeten Einspruch erhebe. Bei Zusammen-tritt des Reichstages werde sich zeigen, meint das Blatt abschließend, daß nur diejenigen Parteien noch ein Mitbestimmungsrecht beanspruchen dürfen, die die Erfordernisse der nationalen Staatspolitik bejahen.

des preussischen Ministerpräsidenten in einer Hand zu vereinigen, schon seit längerer Zeit erörtert wird, und daß diese Personalunion sich gegebenenfalls auch auf einige andere Ministerposten erstrecken soll. Ob und wie diese Pläne im einzelnen durchgeführt werden können, hängt natürlich noch von den kommenden Verhandlungen ab.

Kein Ultimatum Hitlers an die Reichsregierung

München, 2. Aug. Wie die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. mitteilt, ist die am 1. August veröffentlichte Habasmedlung aus Berlin über eine angebliche, im Laufe der Nacht zum Montag unter Vorführung Adolf Hitlers stattgefundene Konferenz und anschließende Entsendung der Abgeordneten Straßer, Göring und Frant II mit einem Ultimatum Hitlers an die Reichsregierung von A bis B frei erfunden.

Die Minister gehen in Urlaub . . .

.... Volk und Wirtschaft warten
Berlin, 2. Aug. Der Reichstagsler verließ heute Berlin, um einen etwa achtstägigen Urlaub anzutreten. In der Zwischenzeit wird er durch den Reichsinnenminister Frhr. von Gahl vertreten. Auch andere Minister gehen in Urlaub.

Was wird werden?

Unter dieser Überschrift schreibt die Sozial-Wirtschaftliche Korrespondenz des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands:

Die Wahl hat, wie vorausgesehen war, keinerlei Mehrheit, weder nach rechts noch nach links, gebracht. Wohl dürfte durch sie auch der fanatischste NSDAP-Mann um die Erkenntnis bereichert worden sein, daß die Räume seiner Partei nicht in den Himmel wachsen. Ihr krankhaftes Anwachsen ist endgültig zum Stillstand gekommen. Die Wählermassen haben sich konsolidiert. Die Fronten sind geklärt, die Splitterparteien verschwunden und aus der Umgestaltung sind drei große Gruppen übriggeblieben, nämlich die zwei radikalsten Flügelgruppen: Marxisten, von denen die radikalsten, die Kommunisten, am stärksten zugenommen haben, und die Faschisten, in die auch die Deutschnationalen all-

mählich aufgehen werden. Und dazwischen steht mit einem der Persönlichkeit Brüning zu dankenden aber-raschenden Gewinn die Mitte: Zentrum und Bayerische Volkspartei. Damit hat sich auch klar die Struktur des Gegenwartsmenschen herausgeholt. Unsere Zeitgenossen wissen mit der alten liberalen Idee der bürgerlichen Freiheit und persönlichen Verantwortung nicht mehr anzufangen. Sie sind Autoritätsmenschen geworden, die sich gruppieren um einen Führer (Hitler), um eine festfundierte Weltanschauung (Zentrum) oder um eine Doktrin (Marxismus), wobei der Führer überall eine maßgebende Rolle spielt. Daß das Zentrum so stark zuzunehmen konnte, hat es zweifellos der über-ragenden Führergestalt eines Brüning zu danken, und wenn die Sozialdemokraten einen Führer von ähnlichem Format gehabt und herausgestellt hätten, hätten auch sie den Kommunisten Mandate abgenommen, während es jetzt umgekehrt ist. Sehr zu bedauern ist, daß die Christlich-Sozialen eben aus diesem Mangel an einem über-ragenden Führer keine Entwicklung zu nehmen vermochten.

Was wird nun werden? Die Schlüsselstellung des Zentrums, die Herr von Papen brechen wollte, ist jetzt noch fester und stärker geworden. Das Zentrum, als einzig übriggebliebene Partei der Mitte, ist für eine parlamentarische Regierungsbildung einfach unentbehrlich. Eine Wiederkehr der Weimarer Koalition ist schon ziffernmäßig ausgeschlossen, da Sozialdemo-kraten plus Zentrum und Bayerischer Volkspartei zu-sammen nun genau so viele Mandate haben wie die NSDAP. allein. Es bliebe daher nur eine Koalition Hitler-Brüning übrig, der im Augenblick noch starke Widerstände entgegenstehen und die auch sozial wie kulturell für das Zentrum untragbar sein dürfte. Wahrscheinlich wird die Papenregierung versuchen, sich auf die Rechte zu stützen, wobei die Nationalsozialisten ganz offen als Regierungspartei auftreten müßten. Die Minderheitsregierung Papen-Hitler-Hugenberg wird auf Kosten der unteren Schichten Wirtschaft und Staat „neu zu gestalten“ suchen. Auf jeden Fall müssen sich die Arbeiter gefaßt machen auf schwere sozialpolitische Kämpfe, in denen es um Sein oder Nichtsein aller mächtig erregenen Arbeiterrechte und aller sozial-politischen Erregungenschaften geht. Für die Arbeiterschaft kommt daher bei der augenblicklichen Situation alles auf eine Stärkung ihrer Gewerkschaften an.

Der Terror wütet weiter

Banzerwagen bei Kassel beschlagnahmt

Kassel, 3. Aug. Die Polizei nahm gestern abend in Hofgeismar bei Angehörigen rechtstabilen Gruppen Durchsuchungen nach Waffen vor, weil dort ein kompletter Panzerwagen und Maschinengewehre versteckt sein sollten. Tatsächlich wurde der Panzerwagen gefunden. Es handelt sich um einen mit 5 Millimeter dickem Stahlblech beschlagenen, mit Schießsichern versehenen und gefechtsmäßig ausgerüsteten Kraftwagen, der von der Schutzpolizei sichergestellt wurde. Maschinengewehre oder andere Waffen konnten bisher nicht gefunden werden. Die Durchsuchungen werden fortgesetzt. Festnahmen sind bis jetzt nicht erfolgt.

Schwere Ausschreitungen in Memmingen

Memmingen, 2. Aug. Zu schweren Ausschreitungen kam es hier in den frühen Vormittagsstunden. Der Kommunist Birk wurde unter „Heil-Heil“-Rufen aus seiner Wohnung herausgelockt, von bisher unbekanntem Täter überfallen und mit Schlagringen schwer mißhandelt. Die Täter flüchteten in einem bereitstehenden Auto. Wegen dieses Vorfalles kam es dann im Laufe des Vormittags vor dem Arbeitsamt zu Zusammenrottungen und Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Kommunisten wurden in Schutzhaft genommen, später jedoch wieder entlassen. Um die Ruhe wieder herzustellen, wurde eine Abteilung Schutzpolizei von Augsburg angefordert.

Handgranaten auf das Liegnitzer Volkshaus

Liegnitz, 2. Aug. Auf das Liegnitzer Volkshaus wurde in der vergangenen Nacht von einem unerkannt entkommenen Motorradfahrer eine Handgranate geschleudert, die vor dem Volkshause explodierte und ein großes Fenster zertrümmerte, in dessen unmittelbarer Nähe sich eine Wache des Reichsbanners befindet. Personen wurden nicht verletzt.

Anschläge in Marienburg

Marienburg, 2. Aug. Auf die Wohnungen des Polizeinspektors Riedel, des Stadtbaurats Rollenbauer und des Stadtoberordneten Zimmermann Rahm wurden heute nacht zwischen 12 und 2 Uhr Revolveranschläge ver-setzt. Rahm ist Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Glücklicherweise wurde jedoch niemand verletzt. Außerdem wurden Flaschen, die mit Salzsäure und Essigsäure gefüllt waren, in diese Wohnungen geschleudert. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Schüsse auf das Landratsamt in Goldberg

Goldberg, 2. Aug. In der vergangenen Nacht wurden gegen das Landratsamt auf der Westpromenade, in dem sich auch die Wohnung des kürzlich seines Amtes ent-hobenden sozialdemokratischen Landrates Gausig befindet, drei Revolvergeschosse, anscheinend von jungen Deuten, ab-gegeben. Von den Schüssen drangen zwei in ein Privat-zimmer des Landrates, ohne aber jemand zu treffen.

Marienburg, 2. August. Wie zu den gemel-deten Anschlägen ergänzend mitgeteilt wird, haben in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr mehrere Unbekannte vor der Gastwirtschaft in Marienburg-Tessendorf Schred-schüsse ab, forderten den Wirt auf, auf die Straße zu kommen und zwangen ihn, das Ueberfallkommando in Marienburg zu alarmieren. Während der Abwesenheit des Ueberfallkommandos aus Marienburg wurden dann die Anschläge ausgeführt. Die Täter hatten

Fractionszusammenschlüsse?
Berlin, 3. August. Die „Germania“ beschäftigt sich mit der Frage, wie die insgesamt 21 Abgeordneten der Mittelparteien zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten sich nach Zusammen-tritt des Reichstages gruppieren werden, um in den Ausschüssen vertreten zu sein. Sie weh von einer Anregung zu berichten, die der staatsparteiliche Abgeordnete Lemmer zur Gründung einer „Fraktion der Mitte“ gegeben habe. Die volksparteilichen Abge-ordneten ständen diesem Gedanken jedoch vorläufig noch abwar-tend gegenüber, man rechne in parlamentarischen Kreisen auch mit der Möglichkeit, daß die volksparteilichen Abgeordneten sich der deutschnationalen Fraktion als Hospitanten anschließen. Die „Völkische Zeitung“ weh von Erörterungen zu berichten, die zwi-schen Zentrum und Bayerischer Volkspartei gepflogen würden, um einen engeren Fraktionszusammenschluß der beiden Parteien zu erreichen. Diese Fraktion wäre die drittstärkste Gruppe im neuen Reichstag.

Pläne nach der Wahl
Papen auch preussischer Ministerpräsident?
Berlin, 2. Aug. Im Zusammenhang mit der Neu-wahl des Reichstages wurde vielfach angenommen, daß das Reichskabinett im wesentlichen bestehen bleiben, daß aber auf den Kanzlerpostern eine Aenderung eintreten werde. An unterrichteter Stelle wird demgegenüber neuerdings die Auffassung vertreten, daß der Reichskanzler v. Papen sein Amt beibehalten wird und daß vielleicht auf einigen ande-ren Posten Aenderungen eintreten werden. Die weit rechts stehende Deutsche Zeitung glaubt heute bereits andeuten zu können, daß der Reichskanzler v. Papen auch zum preußi-schen Ministerpräsidenten gewählt werden solle und daß er dann eine preussische Regierung bilden werde, mit der sich der Landtag wohl oder übel abfinden müsse, wenn er nicht wünsche, daß der Kanzler weiterhin kommissarisch werde. Zu dieser Meldung der Deutschen Zeitung ist zu be-merken, daß der Plan, das Reichskanzleramt und das Amt

1932
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60